

Wohnungsnot im Wohlstandsstaat

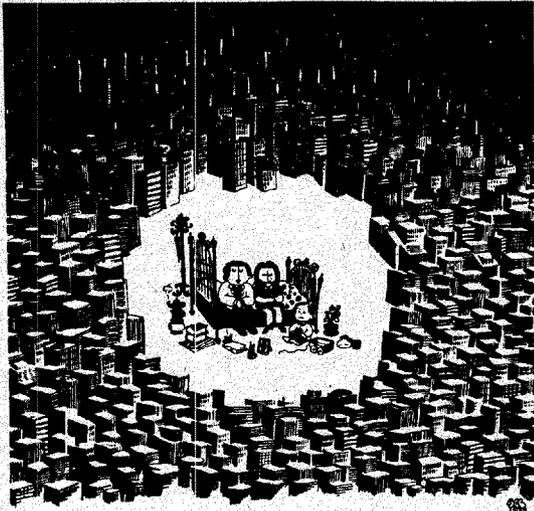
Ein Politiker, stellvertretend für die verantwortlichen Regierungsparteien behauptete: "Wir unterstützen durch Beihilfen und Zinssubventionen den Erwerb von Eigenheimen. Hierdurch werden nicht nur immer mehr Luxemburger Eigentümer ihrer Wohnung, sondern gleichzeitig werden andere Wohnungen frei die an Wohnungssuchende vermietet werden. (Der neue Eigentümer wohnte ja schließlich auch irgendwo)."

Die Ueberlegung unseres Politikers ist also die, daß einer bestimmten Anzahl von Familien zu einer Wohnung geholfen werden sollte (lies: Einfamilienhaus so wie sie von der Société des Habitations   Bon March  zu 4,5 Millionen erbaut werden). Der Erwerb dieser Wohnung erzeuge dann eine Kettenreaktion von freierwerdenden Mietwohnungen, welche sich bis in die unteren Mietskategorien auswirken würde (da jeder seine Wohnverhältnisse verbessern will, werden immer Wohnungen mit weniger Komfort frei).

Dieses sehr einseitige System von staatlichen Bei-

hilfen für den Wohnungserwerb, sowie die Unterstützung für den Bau von Eigenheimen für die Mittelklasse würde sicherlich einen großen Teil der aktuellen Wohnungsnot beheben, wenn nicht andere Probleme hinzukommen würden:

1. Die hohen Zinssätze, welche die Banken zur Zeit verlangen erlauben es immer weniger gr o ere Darlehen aufzunehmen, besonders da die staatlichen Zinszuschüsse seit 1979 nicht mehr angehoben worden sind.
2. Das gleiche gilt für die Baupr mien, welche noch immer dieselben wie die von 1979 sind.
3. Arbeitslosigkeit, die Angst die Arbeit zu verlieren und Lohnkürzungen erlauben es immer weniger Familien ihre Zukunft auf längere Zeit zu verpfänden.
4. Eine große Zahl älterer Wohnungen werden Jahr für Jahr abgerissen wegen der Errichtung von Schulen, von Vereinslokalen und anderen sozialen Einrichtungen, wegen Begradigung oder Erweiterung von Straßen, weil sie alt und baufällig geworden sind und der Unterhalt zu teuer wird, oder um neuen, meist Luxuswohnungen Platz zu machen.



in: Le Monde, 19/4/81

5. In der Praxis stellt man immer wieder fest, daß, wenn man den Wohnungsbau den Regeln der freien Marktwirtschaft überläßt, eine Ueberzahl von Luxuswohnungen mit sehr hohen, für den Durchschnittsbürger unerschwinglichen Mieten, leerstehen bleiben, wohingegen der Mangel an preiswerten Wohnungen größer wird.

6. Zuletzt bliebe noch zu erwähnen, daß unsere unzeitmässige Mietsgesetzgebung (1955) auch eine gewisse Schuld an der aktuellen Wohnungsnot hat.

Was müßte nun getan werden, damit auch Familien mit bescheidenem Einkommen, wie Fremdarbeiter, alleinstehende Frauen mit Kinder, Sozialrentenbezieher, Invalidenrentner, usw. eine menschenwürdige Wohnung zu einem annehmbaren Preis mieten könnten?

Zuerst müßte der massive Wohnungsabbruch gestoppt werden. Hier kommt sonder Zweifel den kommunalen

Autoritäten eine führende Rolle zu. Sie müßten dafür Sorge tragen, daß die Zahl der preiswerten Wohnungen erhalten bleiben. Aeltere Häuser, die zu Sanierungszwecken abgerissen werden, müßten durch neue Wohnungen, welche den Kriterien des sozialen Wohnungsbau entsprechen, ersetzt werden.

Da aber schon seit Jahren die Zahl der Mietswohnungen der untersten Preisklassen ständig abgenommen hat, wäre es höchste Zeit, daß Stadt und Gemeinden endlich soziale Mietswohnungen erbauen würden. Die Mieten dieser Wohnungen müßten, gemäß dem Gesetz vom 27. Februar 1979, dem Einkommen der Mieter entsprechen.

Als Uebergangslösung bis zur Zeit wo der Bedarf an sozialen Mietswohnungen gedeckt sein wird, wären Zuschüsse auf der jetzigen Miete angebracht. Familien, deren pro Kopf Einkommen eine Höchstgrenze nicht überschreitet, könnten somit in anständigen Wohnungen leben, ohne dadurch 50% und oft mehr von ihrem Einkommen an Miete zu zahlen.

Schlußendlich, müßten die Bauprämien und die Zinssubventionen erhöht werden, um es auch Familien mit kleinerem Einkommen zu ermöglichen, Wohnungen zu erwerben.

Um also zu vermeiden, daß immer mehr Familien durch die aktuelle Wohnungsnot gezwungen werden, oft sogar über Gericht, ihre Wohnungen zu verlassen, ohne daß annehmbare Wohnungen frei sind, müßte der aktuellen Situation resolut entgegen gewirkt werden. Eine aktive Wohnungspolitik darf sich auf keinen Fall auf einen Teilaspekt beschränken, sondern müßte getragen werden von einer gründlichen Analyse sämtlicher Faktoren, welche den Wohnungsmarkt beeinflussen. Auch müßte politischer Wille erweckt werden, damit vorgeschlagene Lösungen prioritär behandelt und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt würden.